Institut für Glaube und Wissenschaft
Stresemannstraße 22
35037 Marburg
www.iguw.de
info@iguw.de

institut für glaube und wissenschaft

Ist der Euro noch zu retten? Oder: warum Glauben ohne Denken in die Irre führt.

Prof. a. D. Dr. Hermann Sautter, Göttingen

Schriftliche Fassung eines Vortrags vor der Hochschulgruppe Stuttgart der *Studentenmission in Deutschland e. V.* (SMD) am 29. Januar 2014

Inhaltsverzeichnis

1 Die Europäische Währungsunion und ihre Konstruktionsfehler 4

2 Die Euro-Krise und das Krisenmanagement 10

3 Die Zukunft der Europäischen Währungsunion 15

Vorbemerkung auf der Basis des Informationsstandes am 16.02.2015

Durch den Regierungswechsel in Griechenland im Januar 2015 ist die Zahlungsunfähigkeit des Landes zu einer realen Möglichkeit geworden. Sein „Erpressungspotential“ gegenüber den anderen 18 Mitgliedsländern der Währungsunion wird heute aber nicht mehr so hoch eingeschätzt wie früher. Es kann also durchaus sein, dass sich Griechenland durch seine Weigerung, die Auflagen internationaler Kreditgeber zu erfüllen, in eine Lage begibt, wie sie im 3. Szenario im 3. Abschnitt des folgenden Textes (S. 17) beschrieben wird: Einführung einer Parallelwährung („Drachme“) zum Euro mit einer Abwertung der Drachme gegenüber dem Euro. Dies müsste mit einem neuen Schuldenschnitt verbunden sein. Formal gesehen bliebe Griechenland in diesem Fall ein Mitglied der Währungsunion; es käme also nicht zum „Grexit“. Das Land bekäme aber die notwendige Flexibilität zur Anpassung an seine gegenwärtigen Zahlungsprobleme.

Vor einiger Zeit schrieben der Außenminister und der Finanzminister Schwedens in einem Zeitungsartikel:[1] „Wir glauben fest an eine einheitliche Europäische Union“. Der frühere luxemburgische Premierminister Jean-Claude Junker erklärte bei einer anderen Gelegenheit: „Ich glaube an den europäischen Einigungsprozess“. Auch Angela Merkel stimmt in diesen Chor ein: „Ich glaube an Europa“. Von Joachim Gauck waren ähnliche Worte zu hören.

Als Christ weiß man: Der Glaube kann Berge versetzen. Das sagte Jesus nach der Überlieferung des Markus-Evangeliums. Es gibt aber keine Hinweise darauf, dass Jesus seinen Jüngern das Denken verboten hätte. Denken können ist eine Gabe Gottes, und nichts in den Heiligen Schriften des Judentums und des Christentums deutet darauf hin, dass wir diese Gottesgabe verachten sollten. Die Frage ist nur, welche Ziele wir mit unserem Denken verfolgen, oder anders formuliert: Wofür wir unsere Vernunft gebrauchen. Auch ein Hochstapler gebraucht seine Vernunft, aber seine Ziele sind verwerflich. Es genügt also nicht,

[1] Bildt, Carl; Borg, Anders: Wir glauben fest an eine einheitliche EU, in: FAZ v. 15.09.2011, S. 10. – Auch ein US-amerikanischer Beobachter der europäischen Szene spricht von „Glauben“. Im Blick auf die Gründung der Europäischen Währungsunion meint Paul Krugman, Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften: “Partly it was a leap of economic faith, the hope – driven by the will to believe, despite vast evidence to the contrary – that everything would work out as long as nations practiced the Victorian virtues of price stability and fiscal prudence”; Paul Krugman: Boring Cruel Romantics, in: NYT vom 21.11.2011 (http://www.nytimes.com/2011/11/21/opinion/boring-cruel-euro-romantics.html?_r=0, abgerufen 24.11.2011).

dass wir virtuos mit unserem Denkapparat umgehen können. Man muss auch wissen, wofür man das tut, und das hat dann in der Tat etwas mit Glauben zu tun: mit dem Inspiriertsein durch große Ziele, dem Vertrauen in eine Idee, eine Sache, eine Person, und auch mit dem Vertrauen in die Zuverlässigkeit der eigenen Denkvoraussetzungen. Deshalb gibt es kein Denken ohne Glauben, so wie es – zumindest im christlichen Verständnis – keinen Glauben ohne Denken gibt, wobei es nicht auf das Niveau des Denkprozesses ankommt.

Damit sind wir bei Europa und dem Euro. Hier wurde viel geglaubt, aber zu wenig gedacht. Das hat uns in die Irre geführt; genauer gesagt, in eine Sackgasse, aus der es keinen bequemen Ausweg gibt. Es wäre fatal, wenn wir versuchen wollten, nur mit Glaubensbekenntnissen für Europa aus der jetzigen Misere heraus zu kommen. Nichts gegen die europäische Einigung und alle Wohltaten, die wir in den letzten Jahrzehnten diesem Einigungsprozess verdankt haben. Aber der Glaube an Europa muss jetzt gepaart werden mit einem unbestechlichen Nachdenken über die Möglichkeiten, das bisher Erreichte zu bewahren und weiter zu entwickeln, und das ist in der Tat verbunden mit der Frage, ob und wie der Euro zu retten ist.

Die *Grundthese* meiner Überlegungen lautet also: Das Europäische Einigungswerk ist nur zu retten, wenn vorbehaltlos die Voraussetzungen für eine währungspolitische Zusammenarbeit geklärt und wenn alle notwendigen Schritte unternommen werden, um diese Voraussetzungen zu erfüllen. Dazu gehört, dass man aus den bisherigen Fehlern lernt. Das mag schwer fallen. Fehler einzugestehen und daraus Konsequenzen zu ziehen, ist nie einfach. Aber es ist notwendig, wenn man die gegenwärtige Krise überstehen will.

In einem *ersten* Abschnitt meiner Überlegungen will ich auf Fehler eingehen, die man bei der Konstruktion der Europäischen Währungsunion gemacht hat, und die sich jetzt rächen. Ein *zweiter* Abschnitt ist der langjährigen Krise und dem Krisenmanagement gewidmet. Im *dritten* Abschnitt will ich auf die Möglichkeit zu sprechen kommen, den Euro, d. h. eine gemeinsame Währung mehrerer europäischer Staaten, zu retten, auch wenn sich dabei der Inhalt und die Form der Währungsunion ändern müssen.

1 Die Europäische Währungsunion und ihre Konstruktionsfehler

Wenn sich eine Gruppe von Ländern entschließt, eine Währungsunion zu bilden, dann wollen sie die Vorteile einer solchen Union genießen, ohne ihre Nachteile in Kauf nehmen zu müssen. Worin bestehen die *Vorteile*? Nun, der Austausch der Güter über die Ländergrenzen hinweg wird natürlich erleichtert, wenn man mit derselben Währung rechnen kann. Vor allem werden dadurch die Risiken beseitigt, die mit Wechselkursänderungen verbunden sind. Der Exporteur weiß in einer Währungsunion genau, mit welchen Verkaufserlösen er rechnen kann, wenn sein Kunde in einem Partnerland die fällige Rechnung bezahlt. Genauso kann der Importeur genau sagen, wie hoch die Beschaffungskosten einer Ware sind, wenn er sie im Partnerland bestellt. Niemand muss damit rechnen, dass ihm Kursschwankungen buchstäblich einen Strich durch die Rechnung machen. Der zwischenstaatliche Handel wird dadurch erleichtert, die wirtschaftliche Integration der beteiligten Länder erhält einen kräftigen Schub, und das führt normalerweise zu positiven Wohlstandseffekten. Das sind die wesentlichen Vorteile einer Währungsunion.

Doch es gibt auch *Nachteile*. Was nämlich durch eine Währungsunion wegfällt, ist der Schutz jedes Landes vor der Übertragung wirtschaftlicher Fehlentwicklungen aus einem anderen Partnerland. Einen Schutz dieser Art bieten flexible Wechselkurse zwischen nationalen Währungen einzelner Länder. Das muss ich etwas erläutern, und dabei muss ich Ihnen einige theoretische Gedankengänge zumuten. Gehen wir einmal davon aus, dass jeder Staat seine eigene Währung hat und dass das Austauschverhältnis dieser Währungen geändert werden kann, d. h. dass die Wechselkurse variabel sind. Es kann sein, dass in einer solchen Situation die Inflationsraten in einem Land A höher sind als im Land B. Der Grund dafür kann sein, dass sich die Regierung im Land A hemmungslos verschuldet und das Land deshalb über seine Verhältnisse lebt. Dann geschieht bei einem freien Güterverkehr folgendes. Weil durch die vergleichsweise hohen Inflationsraten in A die Preise für inländische Güter höher sind als für Importwaren aus Land B, steigen die Importe aus dem Land B. Es entsteht ein Importüberschuss, der nur bezahlt werden kann, wenn das Ausland Kredite bereitstellt – oder auf eine Bezahlung der Importwaren ganz verzichtet, aber diesen Fall wollen wir hier ausschließen. Umgekehrt entsteht im Land B ein Exportüberschuss dank der niedrigen Inflationsraten und dem

dadurch bedingten Preisvorteil. Durch den Sog der Exportnachfrage wird aber hier das Güterangebot knapper und damit steigen die Preise. Das Land B importiert also durch seinen Warenexport die Inflation aus dem Land A.

Das lässt sich vermeiden, wenn das Exportland B seine Währung aufwertet. Für die Kunden in A wird es dann teurer, Waren aus dem Land B zu importieren. Ihre Importnachfrage geht zurück, und deshalb sind sie auch weniger darauf angewiesen, Kredite im Ausland aufzunehmen. Spiegelbildlich zum Rückgang des Importüberschusses in Land A sinkt der Exportüberschuss in Land B. Ein preistreibender Exportsog wird dadurch vermieden. Zur Preisstabilisierung trägt hier auch bei, dass durch die Aufwertung die Importwaren billiger werden. Mit dem *Puffer flexibler Wechselkurse* kann sich also das Waren exportierende Land B vor einem Inflationsimport schützen.

Ein Land könnte sich auch gegen den Import von Arbeitslosigkeit schützen. Das wäre durch eine *Abwertung* der eigenen Währung möglich. Dann werden die Importwaren teurer und die inländischen Arbeitsplätze sind besser vor der Konkurrenz durch billigere Auslandswaren geschützt. Man kann es auch so sagen: Durch eine Abwertung verbessert sich die Wettbewerbsfähigkeit des inländischen Güterangebots gegenüber dem Ausland. Weder müssen die Löhne sinken, noch muss die Produktivität steigen, um die im Inland hergestellten Güter gegenüber dem ausländischen Güterangebot wettbewerbsfähiger zu machen. Das leistet allein die Abwertung der eigenen Währung. Wenn also jedes Land seine eigene Währung besitzt und wenn die Austauschverhältnisse dieser Währungen variabel sind, dann kann sich ein Land nicht nur bis zu einem gewissen Grad vor wirtschaftlichen Fehlentwicklungen im Ausland schützen. Es hat auch die Möglichkeit, die internationale Wettbewerbsfähigkeit seines Güterangebots zu verbessern, ohne dass dafür eine Lohnanpassung nach unten notwendig ist. Ganz allgemein gilt: In einem System flexibler Wechselkurse kann jedes Land innerhalb gewisser Grenzen eine souveräne Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik betreiben.

Das alles fällt weg, wenn ein Land seine nationale Währung aufgibt und sich einer *Währungsunion* anschließt. Dem Vorteil einer intensiveren wirtschaftlichen Integration steht also der Nachteil gegenüber, dass jedes Land schutzlos gewissen Fehlentwicklungen in den Partnerländern ausgesetzt ist und dass zur Erhaltung seiner internationalen Wettbewerbsfähigkeit u. U. eine Lohnanpassung nach unten notwendig ist.

Der ökonomische Sachverstand sagt nun: Wenn sich die stabilitätsorientierten Mitgliedsländer einer Währungsunion nicht von den Inflationsprozes-

sen in den weniger stabilitätsorientierten Mitgliedern anstecken lassen wollen, und wenn ein Land nicht seine Wettbewerbsfähigkeit verlieren will, dann muss der Schutz- und Anpassungsmechanismus flexibler Wechselkurse durch *andere Mechanismen* ersetzt werden. Den wichtigsten Schutz vor einer Inflationsübertragung bietet eine Geld- und Fiskalpolitik, die dem Ziel der Geldwertstabilität verpflichtet ist. Vor dem Verlust der internationalen Wettbewerbsfähigkeit schützt eine Lohnentwicklung, die sich eng an der inländischen Produktivitätssteigerung orientiert. So viel zur Theorie einer Währungsunion.

Nach diesen theoretischen Überlegungen komme ich zur *Praxis* der Europäischen Währungsunion. Grundsätzlich kann man dazu folgendes sagen. Bei der Gründung dieser Union wurden einige, aber längst nicht alle Vorkehrungen getroffen, die den Puffer flexibler Wechselkurse hätten ersetzen können. Insofern wurden bei der Konstruktion der Europäischen Währungsunion erhebliche Fehler begangen. Diese Fehler blieben lange verborgen, aber jetzt liegen sie offen zutage. Man kann deshalb die jetzige Krise als eine Fernwirkung der Konstruktionsfehler verstehen, die im Jahre 1992 bei der Gründung der Union gemacht wurden. Damals wurde nicht eine ausgefeilte theoretische Blaupause bruchlos in die politische Realität umgesetzt, sondern es wurden *politische Entscheidungen* getroffen, obwohl einige ernst zu nehmende ökonomische Argumente gegen sie sprachen.

Manche Äußerungen von Politikern lassen darauf schließen, dass insbesondere Frankreich die Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung davon abhängig machte, dass die Bundesrepublik der Währungsunion zustimmen würde. Nach der Aussage des ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker waren die Verträge von Maastricht „nichts anderes als der *Preis für die Wiedervereinigung*“.[2] Deutschland sollte fester eingebunden werden in den europäischen Verbund, und damit sollten die Gefahren neutralisiert werden, die von einem starken, wiedervereinigten Deutschland befürchtet wurden. Politische Entscheidungen haben sich also über wichtige ökonomische Sachargumente hinweggesetzt.

Oft wird beklagt, die Politik sei der Sklave der Wirtschaft, sie habe keinen eigenen Handlungsspielraum mehr, die wirtschaftlichen Sachzwänge – kurz: „die Märkte“ – würden die Politik vor sich her treiben. Daran mag Manches

[2] Die Woche v. 19.09.1997. – Eine Dolmetscherin des früheren französischen Präsidenten Mitterand wird in ihren Memoiren noch deutlicher. Ihr Chef habe seine Zustimmung zur Wiedervereinigung „nur um den Preis gegeben, dass der deutsche Kanzler (Helmut Kohl) die Mark dem Euro opfere“ (Spiegel-spezial Nr. 2, 1997).

richtig sein, aber die Gründung der Europäischen Währungsunion ist ein Fall, bei dem die Politik meinte, die Wirtschaft vor sich her treiben zu können. Heute zeigt sich, dass dazu mehr Sachverstand notwendig wäre, als er manchmal in der Politik anzutreffen ist.

Was waren nun die *Konstruktionsfehler*, die bei der Gründung der Europäischen Währungsunion begangen wurden? Inwiefern wurden nicht alle Vorkehrungen getroffen, die den Puffer flexibler Wechselkurse hätten ersetzen können? Mit der Gründung der *Europäischen Zentralbank* (EZB) wurde die Geldpolitik in der Union zentralisiert. Die Mitglieder der Währungsunion verzichteten also auf einen Teil ihrer Souveränität. Das war ein notwendiger Schritt. Vor allem Deutschland legte großen Wert darauf, dass die gemeinsame Geldpolitik auf das Stabilitätsziel eingeschworen wurde. Wenn man die Geldwertentwicklung der vergangenen Jahre vor Augen hat, dann war die EZB auch durchaus erfolgreich bei der Verfolgung dieses Ziels. Die Kaufkraft des Euro ist bisher so stabil geblieben wie vorher diejenige der DM.

Was aber *nicht gelungen* ist, das war eine *Vereinheitlichung der Fiskalpolitik* mit dem Ziel, die Stabilität des Euro zu erhalten. Vereinfachend gesagt: es gelang nicht – und wurde auch gar nicht ernsthaft versucht – die Steuer- und Ausgabenpolitik der Mitgliedsstaaten zu harmonisieren oder zumindest zu koordinieren. Jedes Mitgliedsland behielt seine Souveränität auf diesem Gebiet. Die Parlamente der Mitgliedsstaaten können also bis heute selbständig über den Umfang der Staatsausgaben und deren Finanzierung entscheiden.

Das ist insofern ein Problem, als in jedem Mitgliedsland demokratische Mehrheiten sehr leicht für eine Erhöhung der Staatsausgaben, aber sehr schwer für eine Steuererhöhung zu gewinnen sind. Das bedeutet nichts anderes, als dass es einen mehr oder weniger starken Druck auf die Erhöhung der Staatsverschuldung gibt. Der typische Wähler will höhere staatliche Leistungen, aber er will keine höheren Steuern, um für diese Leistungen zu zahlen. Durch seine Wahlentscheidung bringt er Politiker an die Macht, die tun, was er will, d. h. die Staatsausgaben ohne Steuererhöhung auszuweiten – und das bedeutet eine Kreditfinanzierung, d. h. eine Ausweitung der Staatsverschuldung.

Das ist eine *systemische Schwäche* der Politik in allen Mitgliedsstaaten, auch wenn es in dieser Hinsicht deutliche Unterschiede zwischen einzelnen Mitgliedern der Währungsunion gibt. Dass diese Schwäche zu einem Sprengsatz für die Währungsunion werden könnte, sah man auch bei ihrer Gründung. Deshalb wurden die Maastricht-Verträge im Jahr 1997 im Vertrag von Ams-

terdam durch den sog. „*Wachstums- und Stabilitätspakt*“ ergänzt. Er sieht vor, dass die Mitgliedsländer die Höhe ihrer jährlichen Haushaltsdefizite auf 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und den Gesamtumfang ihrer öffentlichen Verschuldung auf 60 % ihres BIP begrenzen. Für den Fall einer Nicht-Einhaltung dieser Grenzen sind bestimmte Sanktionen vorgesehen. Dazu gehören Geldstrafen von 0,2 bis zu 0,5 % des BIP des betroffenen Landes und die Zahlung einer unverzinslichen Einlage in Brüssel, bis das übermäßige Defizit korrigiert ist. Diese Sanktionen wurden aber nie angewandt, auch nicht gegen Deutschland und Frankreich, die ihre Defizitgrenzen in den Jahren 2002 und 2003 überschritten. Man kann ohne Einschränkung sagen, dass die Aussetzung der Sanktionen gegenüber Deutschland und Frankreich einem *Dammbruch* in der Stabilitätspolitik der Währungsunion gleichkam. Danach war es nicht mehr möglich, gegenüber Ländern mit einer traditionell lockeren Haushaltspolitik die Regeln des Wachstums- und Stabilitätspaktes durchzusetzen.

Die Währungsunion enthält also einen elementaren Konstruktionsfehler. Es wurden keine wirksamen Vorkehrungen gegen eine übermäßige Staatsverschuldung der Mitgliedsstaaten geschaffen. Der Vertrauensschutz für die gemeinsame Währung war dadurch von Anfang an gefährdet. Den Konstrukteuren der Währungsunion war diese Schwachstelle durchaus bewusst. Sie sprachen davon, dass die Währungsunion auf die Dauer nur funktionsfähig sein würde unter der Voraussetzung einer *politischen Union*, d. h. vor allem einer gemeinsamen Wirtschafts- und Fiskalpolitik. Doch dafür war die Zeit nicht reif; „noch nicht“, dachte man damals, denn man rechnete damit, dass die Eigendynamik der Währungsunion automatisch zur Integration wichtiger Politikbereiche führen würde. Die politische Union wurde gleichsam als „Krönung“ der Prozesse betrachtet, die mit einer Währungsunion in Gang gesetzt wurden, und nicht als eine Erfolgsbedingung, die von Anfang an hätte erfüllt sein müssen.

Ich will den Konstrukteuren der Währungsunion keinen Zynismus unterstellen. Sie haben sicher nicht eingeplant, dass es zu der gegenwärtigen Krise kommen würde. Doch was wir heute erleben, ist in der Tat eine „*Eigendynamik*“ der Union, die – anders als es die Gründer erwartet haben dürften – im Wesentlichen durch die Konstruktionsfehler der Union ausgelöst worden ist. Diese „Eigendynamik“ zwingt eine stärkere Integration wichtiger Politikbereiche geradezu herbei – sofern man nicht das Projekt „Währungsunion“ in der jetzigen Form für beendet erklären will. Dazu später.

Es gibt noch weitere Fehler, die aus ökonomischer Sicht bei der Gründung der Währungsunion gemacht wurden. Geblendet von der Idee eines „großen“ Europa wurden Länder in die Währungsunion aufgenommen, von denen bei realistischer Einschätzung nicht erwartet werden konnte, dass sie die Stabilitätskriterien erfüllen würden. Dazu waren sie auch vorher nicht in der Lage. *Griechenland* ist ein solcher Fall. Inzwischen wissen wir alle, dass der Beitritt dieses Landes durch gefälschte Zahlen über das Ausmaß der Staatsverschuldung erschlichen wurde, und dass die Europäische Kommission und der Ministerrat auch gar nicht so genau wissen wollten, wie hoch die tatsächliche Verschuldungsquote Griechenlands war. Auch *Italien* hätte eigentlich nicht aufgenommen werden dürfen – aber einem Gründungsmitglied der *Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft* den Beitritt zur Währungsunion zu verweigern, erschien unvorstellbar.

Ein dritter Konstruktionsfehler besteht darin, dass keine Vorkehrungen für die Abwicklung eines Staatsbankrotts und für den Austritt aus der Union getroffen wurden. In der Euphorie der Erweiterungsverhandlungen dachte niemand an diese Fälle.

Ich will in diesem Zusammenhang auf eine eingangs gemachte Bemerkung zurückkommen: Der *Glaube* an das „Vereinte Europa“ hat bei der Entstehung der Währungsunion ein unbestechliches Nachdenken über die Erfolgsbedingungen dieser Union verhindert.

Fasst man diese Überlegungen *zusammen*, so kann man sagen: Die Europäische Währungsunion wurde als eine *„Schönwetterveranstaltung“* konzipiert. Dass sie auch ein „schweres Unwetter“ überstehen müsste, war nicht vorgesehen. Es wurde zu wenig daran gedacht, wie der mit der Beseitigung nationaler Währungen und flexibler Wechselkurse weg gefallene Schutz vor einer gegenseitigen Ansteckung durch wirtschaftliche Fehlentwicklungen ersetzt werden konnte. Die Zentralisierung der Geldpolitik war zwar ein wichtiger Schritt zum Aufbau von Schutzvorrichtungen, aber er reichte nicht aus. Die Mitgliedsstaaten blieben souverän in ihrer Schuldenpolitik. Die Stabilitätskriterien, die einer uferlosen Verschuldung einen Riegel vorschieben sollten, wurden systematisch aufgeweicht und massenhaft verletzt. Es wurden Länder aufgenommen, die in dieser Hinsicht ein hohes Risiko darstellten, und es wurden keine Regeln für den Ernstfall eines Staatsbankrotts und eines Austritts vereinbart. Jetzt ist – bildlich gesprochen – die „Schönwetterperiode“ vorbei. Wenn das Gebäude der Währungsunion nicht durch das Unwetter der gegenwärtigen Krise hinweggeschwemmt werden soll, dann muss es repariert, zugleich aber

gründlich umgestaltet werden, d. h. die Konstruktionsmängel müssen beseitigt werden. Das ist eine gewaltige Aufgabe. Das „Haus“ muss gleichsam neu gebaut werden, während der Sturm an den Mauern rüttelt.

2 Die Euro-Krise und das Krisenmanagement

In diesem Abschnitt geht es – wieder bildlich gesprochen – um das „Unwetter“ der Euro-Krise und um die kurzfristig notwendigen „Reparaturarbeiten“ des Krisenmanagements. Von ihm kann realistischerweise nicht mehr erwartet werden, als dass damit Zeit gewonnen wird für die gründliche Umgestaltung der Union, die viele Jahre beanspruchen wird, weil man das ganze Vertragswerk ändern muss. Die Forderung, das Krisenmanagement müsste nach der Art eines „Befreiungsschlages“ alle Probleme auf einmal lösen, geht deshalb völlig an der Realität vorbei. Geduld ist gefragt, auch wenn die Öffentlichkeit inzwischen sehr ungeduldig geworden ist und auf schnelle Lösungen drängt.

Zunächst soll hier von den *Ursachen* der Krise die Rede sein. Natürlich gibt es davon mehrere; es wäre eine Vereinfachung, wollte man nur von einer Ursache sprechen. Die Konstruktionsmängel des Systems als einer der verursachenden Faktoren wurden bereits erwähnt. Was aber hat diese Mängel sichtbar gemacht, welche Ereignisse haben die Krise ausgelöst?

Ein Ereignis dieser Art war ohne Zweifel die internationale *Finanzkrise* der Jahre 2008/09. Wir erinnern uns: Der Kollaps des Bankensystems der USA und Europas wurde nur durch massive Rettungsaktionen der Regierungen und Zentralbanken verhindert. Das ging nicht ohne eine deutliche Zunahme der Staatsverschuldung.

Besonders problematisch ist der Fall *Griechenlands*. Hier hat die Staatsverschuldung mittlerweile eine Quote von 176 % des BIP erreicht. Nach den Stabilitätskriterien der Währungsunion sind nur 60 % zulässig. Man muss dazu sagen, dass es Griechenland mit dem Beitritt zur Währungsunion im Jahr 2001 auch relativ leicht gemacht wurde, seine Staatsausgaben durch eine Kreditaufnahme zu finanzieren. Als Mitglied der Union kam es nämlich in den Genuss niedrigerer Zinsen, als sie ohne diese Mitgliedschaft zu zahlen gewesen wären. So hatte das Land beispielsweise in den 1990er Jahren auf den Kapitalmärkten einen Zins von 14–15 % zu zahlen; mit dem Eintritt in die Währungsunion konnte es Anleihen zu einem Realzins von 2,5–3 % aufnehmen.

Das Land profitierte also von der Kreditwürdigkeit anderer Unionsmitglieder, insbesondere Deutschlands.

Die Kreditaufnahme wurde außerdem durch eine Regelung erleichtert, die ganz generell die Banken dazu animierte, Staatsanleihen zu kaufen. Sie mussten für diese Papiere in ihrer Bilanz keinen Risikopuffer in Form von Eigenkapital vorhalten. Darauf verzichteten die Regierungen in ihrer Funktion als Aufsichtsbehörde. Aus dem Interesse an einer relativ leichten Erhöhung der Staatsschulden heraus haben also die Regierungen auf einen Risikopuffer der Banken verzichtet. Generell waren die Staaten an einer Erleichterung ihrer Verschuldung interessiert: Die Banken mussten für Staatsanleihen in ihrem Portfolio keine Risikovorsorge treffen.

Auch Griechenland konnte sich über viele Jahre hin relativ bequem verschulden. Doch das *Vertrauen* in die Fähigkeit Griechenlands, die Zinsen und Tilgungsraten für die aufgenommenen Kredite zu zahlen, wurde im Herbst 2009 *erschüttert*, als der griechische Ministerpräsident Papandreou erklärte, das Haushaltsdefizit des Landes falle höher aus als erwartet. Jetzt plötzlich wurden die Finanzinvestoren nervös. Die *Risikoprämien* für den Kauf von griechischen Staatspapieren schnellten in die Höhe. In kurzer Zeit war es dem griechischen Staat nicht mehr möglich, sich auf den Kapitalmärkten Geld zu leihen. Wenn die Währungsunion nicht tatenlos zusehen wollte, dass eines ihrer Mitglieder zahlungsunfähig wurde, musste sie handeln. Warum das so dringend war und wie die Union gehandelt hat, davon später. Zunächst ist noch einiges über Griechenland zu sagen.

Die systembedingte Neigung zur Kreditfinanzierung von Staatsausgaben ist in Griechenland besonders ausgeprägt. Nach jedem Regierungswechsel hat die jeweils siegreiche Partei ihre Klientel durch Einstellungen in den Staatsdienst oder in staatliche Unternehmen belohnt. Das hat die *Staatsausgaben* in die Höhe getrieben, ohne dass die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen verbessert worden wäre. Nach Aussage eines früheren griechischen Wirtschaftsministers ist etwa ein Viertel aller Erwerbstätigen in Griechenland im Staatsdienst beschäftigt. Drei Erwerbstätige in der Privatwirtschaft müssen also einen Staatsangestellten finanzieren (in Deutschland lautet die Relation etwa 10:1).

Auf der anderen Seite waren die *Steuereinnahmen* völlig unzureichend. Die Steuerflucht ist notorisch. Durch die Korruption in der Steuerverwaltung gehen dem Staat jedes Jahr hohe Milliardenbeträge verloren. Dazu kommt die *Ineffizienz* der griechischen *Wirtschaft*. In vielen Dienstleistungsbranchen gibt

es kaum einen Wettbewerb. Diese Branchen sind nach der Art von Zünften organisiert. Nur Mitglieder haben einen Marktzugang, können also Geschäfte abschließen, und für die Mitgliedschaft muss ein hoher Preis gezahlt werden. Das ist nichts anderes als die Sicherung von Monopolgewinnen durch die Verhinderung des Marktzugangs für Außenseiter. Den Schaden haben die jeweiligen Kunden, die für die betreffenden Dienstleistungen überhöhte Preise zahlen müssen. Verhältnisse dieser Art werden von Speditionsgewerbe und vom Taxigewerbe berichtet. Es versteht sich von selbst, dass ein Land mit einer derartigen Wirtschaftsstruktur im internationalen Wettbewerb nicht mithalten kann.

Für viele seiner wirtschaftlichen Schwierigkeiten könnte Griechenland eine Lösung finden, wenn es nicht Mitglied der Währungsunion wäre, eine eigene Währung besäße und eine eigenständige Währungspolitik betreiben könnte. Es könnte dann die Drachme abwerten, also genau das tun, was bei der Skizzierung der Vor- und Nachteile einer Währungsunion erwähnt worden ist. Eine Abwertung würde das griechische Exportangebot mit einem Schlag wettbewerbsfähiger machen, ohne dass die Löhne im Inland sinken müssten. Die Inlandsnachfrage würde auf das inländische Güterangebot umgelenkt werden und dadurch würde sich die Handels- und Leistungsbilanz verbessern.

Doch dieses Szenario einer eigenständigen Währungspolitik kommt für Griechenland nicht infrage. Das Land ist Mitglied der Europäischen Währungsunion. Für die Abwertung einer eigenen Währung fehlen die Voraussetzungen, ein Austritt aus der Union ist vertraglich nicht vorgesehen, und die Zahlungsunfähigkeit eines Mitgliedslandes ebenso wenig. *Griechenland* ist *gefangen* im Europäischen Vertragssystem; *gefangen* sind aber auch die *anderen Mitgliedsländer*. In der Währungsunion gibt es auch für die anderen Mitglieder keine Möglichkeit mehr, sich währungspolitisch vom Problemherd „Griechenland“ zu isolieren. Sie sind „auf Gedeih und Verderb“ an Griechenland gekoppelt, so wie Griechenland „auf Gedeih und Verderb“ an die anderen Mitglieder gekoppelt ist.

Nebenbei bemerkt: Genau diese Abhängigkeit der Union von Griechenland bietet dem Land ein wirksames *Erpressungspotential*. Die Union schadet sich selber, wenn sie Griechenland im Stich lässt. Deshalb kann Griechenland Forderungen stellen, die die anderen Unionsmitglieder nur um den Preis einer Gefährdung ihrer eigenen Wirtschaft zurückweisen können. Das ist der klassische Fall einer Erpressbarkeit.

Inwiefern sind die anderen Mitgliedsländer abhängig von Griechenland? Warum haben sie immer neue Hilfspakete geschnürt, um die Zahlungsfähigkeit dieses Landes zu retten, obwohl Griechenland die Bedingungen für die Auszahlung neuer Gelder längst nicht immer erfüllt hat? Man hat befürchtet, dass ein *Dominoeffekt* entsteht, wenn Griechenland die fälligen Zins- und Tilgungsleistungen für seine Auslandsschulden nicht mehr aufbringen kann. Auch andere europäische Staaten, die hoch verschuldet sind, würden in eine Vertrauenskrise geraten und nicht mehr in der Lage sein, ihre Leistungsbilanzdefizite zu finanzieren. Möglicherweise würde es auch zu einer Kapitalflucht in die Schwellenländer kommen, und das hätte dann schwerwiegende Finanzierungsprobleme nicht nur für die Staaten, sondern auch für die Privatwirtschaft zur Folge.

Um das zu verhindern, wurden zahlreiche Hilfsprogramm aufgelegt. Damit komme ich zum *Krisenmanagement*. Dessen Ziel war die Verhinderung eines griechischen Staatsbankrotts und einer Ansteckung anderer Länder.

Im Mai 2010 vereinbarten die Mitgliedsländer der Währungsunion ein multilaterales Hilfsprogramm, den sog. „Rettungsschirm". Dazu gehörte auch die Einrichtung von zwei neuen Organisationen: der *„Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität"* (EFSF) und dem *„Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus"* (EFSM). Über diese Institutionen erhielt Griechenland Zusagen in Höhe von 440 Mrd. €, die durch eine Zusage des IWF in Höhe von 250 Mrd. € ergänzt wurden.

Die dramatische Verschlechterung der griechischen Schuldenposition veranlasste die Mitgliedsstaaten der Währungsunion im März 2011, einen zweiten „Rettungsschirm" aufzuspannen und die als vorläufig gedachte Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) durch einen dauerhaften *„Europäischen Stabilisierungsmechanismus"* (ESM) abzulösen. Damit waren Finanzierungszusagen in Höhe von 750 Mrd. € verbunden, die ab 2013 nicht nur Griechenland, sondern auch anderen Mitgliedsländern offen stehen sollen, also auch Italien, Spanien und Portugal, drei anderen Krisenländern.

Zur Beruhigung der Finanzmärkte trug das nicht bei, und deshalb wurde bereits im Juli dieses Jahres die Finanzstabilisierungsfazilität von 440 Mrd. € auf 780 Mrd. € aufgestockt. Weil sich inzwischen gezeigt hat, dass auch diese Finanzierungszusage nicht ausreichte, um das Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit Griechenlands wieder herzustellen, wurde fieberhaft nach neuen Lösungen gesucht. Dazu gehörte ein Forderungsverzicht von etwa 50 %, zu dem private Gläubiger mehr oder weniger deutlich gezwungen wurden.

Aber das alles war nicht ausreichend, um die Lage auf den Finanzmärkten nachhaltig zu beruhigen. Dazu hat erst die EZB beigetragen, als ihr Präsident Draghi im Sommer 2012 öffentlich erklärte: "*Within our mandate, the ECB is ready to do whatever it takes to preserve the Euro.*" Diese Erklärung ergänzte er durch eine Aufforderung zum „Glauben", und dieser Glaube hat – zumindest bisher – tatsächlich „Berge versetzt". Draghi sagte nämlich: "*And believe me, it will be enough.*" Was er damit meinte, war die Bereitschaft, notfalls unbegrenzt Staatsanleihen der Mitgliedsstaaten aufzukaufen (das sog. „Outright Monetary Transactions" – OMT-Programm). Dieses Versprechen musste bisher nicht eingelöst werden, aber bereits die Tatsache, dass es abgegeben wurde, hat die Finanzmärkte so weit beruhigt, dass die „Euro-Krise" aus den Schlagzeilen verschwand. Die Anleger auf diesen Märkten rechnen jetzt damit, dass die EZB immer dann einspringen wird, wenn ein Land wieder in Zahlungsschwierigkeiten gerät.

Es ist höchst umstritten, ob die EZB noch im Rahmen ihres Mandats handeln würde, wenn sie tatsächlich in dieser Weise tätig wird. Mit dieser Frage hatte sich das Bundesverfassungsgericht zu befassen auf Grund einer Beschwerde von 37 000 Bürgern, der Bundestagsfraktion der Linkspartei, sowie von zwei Gruppen von Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlern. Am 7. Februar 2014 sprach das Gericht sein Urteil – ohne dass der Fall damit abgeschlossen wäre. Das Gericht kam zwar zu dem Urteil, dass „*der OMT-Beschluss … nicht vom Mandat der Europäischen Zentralbank gedeckt sein (dürfte)*",[3] aber es hat den Fall zur weiteren Prüfung an den „Europäischen Gerichtshof" verwiesen. Weil zu erwarten ist, dass dieses Gericht keine Zweifel an der Rechtmäßigkeit des OMT-Programms äußern wird, wird sich das Bundesverfassungsgericht erneut mit dem Fall befassen müssen, und man kann gespannt sein, ob es dann „Farbe bekennen" und an seinen Bedenken gegen das OMT-Programm festhalten wird. Das letzte Wort über die Bürgschaft der EZB für die Staatsschulden seiner Mitglieder ist also noch lange nicht gesprochen.

Niemand wird also behaupten können, dass die Euro-Krise endgültig überwunden ist. Mit ihrem Krisenmanagement hat die EU lediglich Zeit gewonnen, um grundlegende Reformen anzupacken, oder – um ein Bild zu gebrauchen – das Haus der Währungsunion wetterfester zu machen – sofern man es überhaupt erhalten will und nicht der Meinung ist, es sollte abgebrochen werden,

[3] Zitiert nach: Holger Steltzner: Die Angst der Verfassungsrichter, in: FAZ v. 8. Februar 2014, S. 9.

weil der Euro ohnehin keine Zukunft hat. Steht also – um es zugespitzt zu formulieren – die Währungsunion vor der Frage, ob es nicht besser wäre, aus „Angst vor dem Tod Selbstmord zu begehen“ – d. h. aus Angst vor dem unvermeidlichen Ende sich selbst aufzulösen? Was sind die Alternativen dazu?

3 Die Zukunft der Europäischen Währungsunion

Von drei Szenarien soll hier die Rede sein: Erstens einer Selbstauflösung der Währungsunion, zweitens der Fortführung des politischen Einigungsprozesses und drittens dem Übergang in ein Parallelwährungssystem.

Zum *ersten Szenario*: Eine *Selbstauflösung* wird in der Tat von mehreren Seiten vorgeschlagen. Verschiedene Varianten werden dabei diskutiert: ein Austritt Griechenlands aus der Währungsunion; der Ausschluss dieses Landes sowie anderer Länder mit einer unsoliden Haushaltspolitik; und der Austritt Deutschlands.

Dazu ist Folgendes zu sagen: Ein *freiwilliger Austritt Griechenlands* ist nicht zu erwarten. Dies wäre zwar nicht der „Selbstmord“ der Währungsunion, aber der wirtschaftliche „Selbstmord“ Griechenlands. In einer Parlamentsdebatte drückte es der griechische Finanzminister, an seine politischen Gegner gewandt, wie folgt aus: Das Land steckt in großen Schwierigkeiten, aber zwischen großen Schwierigkeiten und einer Katastrophe besteht ein gewaltiger Unterschied, und für eine „Katastrophe“ hält er den Austritt des Landes aus der Währungsunion.

Ein freiwilliger Austritt ist also nicht zu erwarten. Wie wäre es mit einem *Ausschluss* des Landes? Eine vertragliche Möglichkeit dafür gibt es nicht. Ein solcher Schritt würde einen massiven Bruch der bestehenden Einigungsverträge bedeuten. Er würde auch sofort andere Länder zu Ausschluss-Kandidaten machen, weil niemand mehr damit rechnen könnte, dass die finanzstarken Mitglieder der Währungsunion Portugal, Spanien, Italien und andere zahlungsschwache Länder unterstützen würden. Diese Länder müssten damit rechnen, dass sie von einem privaten Kapitalzufluss abgeschnitten werden, und weil die Union sich mit einer Rettung noch mehr überfordert sähe als mit der Rettung Griechenlands, wäre ein Ausschluss in der Tat die zwangsläufige Folge. Dieses Szenario würde das Ende der Währungsunion in ihrer bisherigen Form bedeuten.

Wie man international einen Ausschluss von wirtschaftlich schwachen Mitgliedsländern aus der Union wahrnehmen würde, illustriert ein Vergleich, der in der *New York Times* nachzulesen war. Die Zeitung verglich die Europäische Währungsunion mit einem *Rettungsboot* in schwerer See und den Ausschluss von Mitgliedsländern damit, dass die *schwächsten Insassen* des Bootes *über Bord* geworfen werden. Ich vermute, dass man den erzwungenen Ausschluss aus der Währungsunion in Europa und weltweit genauso verstehen würde. Welche politischen Konflikte daraus entstehen würden, wagt man sich kaum auszumalen.

Was ist von dem Vorschlag zu halten, *Deutschland* solle die *Währungsunion verlassen* und mit einigen anderen Ländern, die eine solide Haushaltspolitik betreiben, eine eigene Währungsunion bilden? Dieser Vorschlag würde auf ein deutsches Europa hinauslaufen, in dem Deutschland faktisch über einige Satellitenstaaten regiert. Das kann man nur wollen, wenn man alle geschichtlichen Erfahrungen vergisst, die Europa in den letzten 150 Jahren gemacht hat.

Es gibt also gute Gründe, die Währungsunion nicht aufzulösen, sondern sie zu erhalten. Um das Bild vom *Rettungsboot* wieder aufzunehmen: Niemand soll über Bord geworfen werden, aber die Löcher im Boot müssen gestopft werden; diejenigen müssen an ihrem Tun gehindert werden, die solche Löcher bohren, und das Boot muss insgesamt *seefester* gemacht werden. Wie kann das aussehen?

Damit komme ich zum *zweiten Szenario*: Der Fortführung des politischen Einigungsprozesses. Das bedeutet, dass nicht nur „Reparaturarbeiten“ am Haus der Währungsunion vorgenommen werden. Vielmehr geht es um eine Neukonstruktion. Sie müsste – im Bild gesprochen – die „Statik“ des Hauses verbessern. Ohne Bild: Es geht um eine strengere Disziplinierung der Haushaltspolitik der Mitgliedsstaaten. Die entsprechenden Vorschläge liegen auf dem Tisch: Eine verfassungsrechtliche „*Schuldenbremse*“ in allen Mitgliedsstaaten nach dem Vorbild der Regelung, die bei uns eingeführt worden ist und die Kontrolle der nationalen Haushaltspolitiken durch Organe der Union. Im Gespräch ist ein „Währungskommissar“, der analog zum „Wettbewerbskommissar“ der EU weitgehende Vollmachten bei der Kontrolle einer soliden Haushaltspolitik der Mitgliedsstaaten besitzen könnte. *Automatische Sanktionen* bei der Verletzung von Stabilitätskriterien müssten diesen Kontrollen Nachdruck verleihen. Die Beschlüsse der Gipfelkonferenz vom Oktober 2011 gehen in diese Richtung. Sie sehen auch Regelungen für einen Staatsbankrott und für einen Austritt aus der Währungsunion vor.

Damit wäre eine *andere Union* intendiert, als wir sie bisher haben, und sie wäre nicht ohne die weitere Übertragung von nationalstaatlichen Souveränitätsrechten an Gemeinschaftsorgane möglich. In einem früheren Zusammenhang habe ich davon gesprochen, dass bei der Gründung der Währungsunion eine politische Union als die wesentliche Erfolgsbedingung für eine gemeinsame Währung angesehen wurde. Die Zeit für eine politische Union war bei der Unterzeichnung der „Maastricht-Verträge" noch nicht reif, aber die damaligen Verhandlungsführer rechneten damit, dass die Eigendynamik der Währungsunion eine politische Union geradezu herbeizwingen würde. An genau diesem Punkt sind wir jetzt: Die Währungsunion in ihrer bisherigen Form ist nur aufrechtzuerhalten, wenn die *Haushaltspolitik* der Mitglieder zu einem guten Teil in eine *gemeinsame Verantwortung* überführt wird. Dafür ist eine Revision des bestehenden Vertragswerks notwendig.

Wird eine solche Revision möglich sein? Wird es in allen Mitgliedsstaaten den Willen zu „mehr Europa", zu mehr Gemeinsamkeit in wichtigen Politikbereichen geben? Den Glauben dazu bringen gegenwärtig nur Wenige auf. Der Trend geht eher in die umgekehrte Richtung einer Rückverlagerung von Kompetenzen von der Gemeinschaftsebene auf die nationale Ebene. Was der britische Premierminister Cameron dazu vorschlägt, findet auch in anderen Mitgliedsländern offene Ohren. Für ein politisch vereintes Europa sind gegenwärtig in den meisten Mitgliedsstaaten keine Mehrheiten zu finden. Davon abgesehen stoßen die nationalen Reformen, ohne die eine langfristige Rettung des Euro nicht möglich ist, auf erheblichen Widerstand. Anders formuliert: Der Preis für die Rettung des Euro in seiner jetzigen Form ist vielen Mitgliedsländern zu hoch. Ich halte es deshalb für sehr unwahrscheinlich, dass das Vertragswerk der EU so geändert werden kann, wie es für die Erhaltung der Währungsunion in ihrer jetzigen Form notwendig wäre, und ebenso unwahrscheinlich ist es nach meiner Meinung, dass in den traditionellen Defizitländern ein Politikwechsel möglich ist, der eine größere Stabilität des Euro möglich macht.

Ist dann der Euro überhaupt noch zu retten? Ja, aber nicht in seiner bisherigen Form. Damit komme ich zu einem *dritten Szenario*, dem eines Parallelwährungssystems. Jedes Mitglied könnte, wenn es will, eine wertgesicherte Parallelwährung zum normalen Euro einführen.[4] Es gäbe also einen „Hart-

[4] Siehe zu diesem Vorschlag: Ulrich van Suntum: Wege aus der Eurofalle, in: FAZ v. 02.01.2014, S. 10.

Euro“ parallel zum „Weich-Euro“, der im normalen Zahlungsverkehr verwendet wird. Der harte Euro wäre eine gemeinsame Recheneinheit und ein Wertaufbewahrungsmittel. Er würde nur in den Büchern stehen. Etwas Ähnliches gab es schon einmal vor der Einführung des Euro als einem allgemeinen Zahlungsmittel. Er diente damals als Recheneinheit im Zahlungsverkehr der Zentralbanken untereinander, aber er wurde nicht im privatwirtschaftlichen Zahlungsverkehr verwendet. Eine vergleichbare Regelung könnte auch jetzt erfolgen. Es gäbe dann in allen Ländern, die sich dieser Regelung anschließen, zwei Währungen: den „Weich-Euro“ und den „Hart-Euro“, wobei der „Weich-Euro“ stets gegen den harten, wertbeständigen Euro eingetauscht werden könnte. Der „Weich-Euro“ würde im Ausmaß der Inflationsraten eines Landes an Wert verlieren, und deshalb gegenüber dem nationalen „Hart-Euro“ abwerten. Damit wäre wieder die Flexibilität möglich, die in einem System flexibler Wechselkurse gegeben ist. Davon war ganz am Anfang die Rede. Das System einer Parallelwährung würde einen Konstruktionsfehler, der bei der Gründung der Währungsunion gemacht wurde, wieder korrigieren.

Es versteht sich von selbst, dass damit ein Kompetenzverlust der EZB einherginge. Aber der Euro wäre zumindest als gemeinsame Recheneinheit gerettet, und eine weitere Verschärfung der innereuropäischen Konflikte, die aus dem Anpassungszwang eines inflexiblen Währungssystems entstehen, wäre vermieden. Damit wäre der „Europäischen Idee“ vermutlich mehr gedient, als mit dem Versuch, die Währungsunion in ihrer jetzigen Form mit ihren Zumutungen an die Defizitländer um jeden Preis zu retten.

Das ist ein ernüchterndes Ergebnis, aber so viel Nüchternheit ist heute notwendig, wenn wir den europäischen Einigungsprozess weder überfordern noch unterfordern, und wenn wir in diesem Sinne weiterhin an Europas „glauben“ wollen. Damit komme ich zu meinem ersten Gedankengang zurück. Die Idee eines vereinten Europa hat viele Jahrzehnte lang zu außerordentlichen Anstrengungen inspiriert und das hat uns große Erfolge beschert, die wir nicht aufgeben wollen. Der „Glaube“ an Europa hat manche Berge versetzt. Einen solchen Glauben brauchen wir auch heute, d. h. die Inspiration durch ein lohnenswertes Ziel, die außergewöhnliche Kräfte mobilisiert und die dadurch Lösungen möglich macht, zu denen niemand fähig ist, der sich in seine Skepsis verkriecht. Ohne Glauben geht es nicht, aber auch nicht ohne Verstand, d. h. nicht ohne das *sorgfältige Abwägen aller Handlungsalternativen*. Denken und Glauben müssen sich immer gegenseitig ergänzen; sie schließen sich keineswegs gegenseitig aus. Wer auf das Denken verzichtet, wird zum Schwärmer,

war auf den Glauben verzichtet, wird zum Skeptiker und Zyniker. Der eine stürzt ab bei seinen Höhenflügen, der andere wagt keinen mutigen Schritt. Glauben ohne Denken führt in die Irre, und Denken ohne Glauben macht skeptisch und zynisch.

Das gilt nicht nur im persönlichen Leben, sondern auch in der Politik. Was die europäische Politik heute braucht, ist eine starke Motivation zur *Zusammenarbeit* und ein nüchternes Nachdenken über die dafür notwendigen *Reformen*. Dann kommt es weder zum politischen „Selbstmord" der Union, noch wird die „Angst vor dem Tod" zu einer politischen Lähmung führen, die den „Tod" tatsächlich herbeiführen würde. Kommt Beides zusammen, die Inspiration durch eine gemeinsame Idee und ein unbestechliches Nachdenken über ihre Realisierbarkeit, dann wird eine Form der Zusammenarbeit möglich, die ernst macht mit der Tatsache, dass die Europäische Union aus Nationalstaaten besteht, die ihre Unterschiede nicht durch den Zwang einer gemeinsamen Währung nivellieren lassen wollen.